Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

28.1.1864 (No. 23)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 28. Januar.

Nr. 23. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Alle Posterpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Zur Lage.

II.

Die schleswig-holsteinische Sache ist durch das thatsächliche einseitige Vorgehen der deutschen Großmächte in ein neues Stadium getreten.

Wir haben auf die Gefahren einer solchen Wendung bereits im voraus aufmerksam gemacht. Dieselben bedrohen das gute Recht Schleswig-Holsteins, das Recht und die innere Sicherheit des Bundes und den allgemeinen Frieden. Nach geschehenem Schritte ist es nicht mehr möglich, das volle Maß dieser Gefahren abzuwenden; aber es ist möglich und nothwendig, die Mittel zu erwägen und vorzubereiten, durch welche ihnen begegnet und durch welche sie vermindert werden können. Solcher Mittel gibt es glücklicher Weise noch mehrfache, und wir haben, so sehr wir die unerwünschte Wendung beklagen, keinen Grund, die Hoffnung auf ein günstiges Ende aufzugeben. Wir stützen diese Hoffnung auf die Stärke der Bundesverfassung, sobald sie von den Regierungen und dem Volke getragen und vertheidigt wird; wir denken dabei an die Gefahren, welche Der auf sich zieht, der gewaltsam in sie eingreifen wollte. So reformbedürftig sie ist, und so ungestört eine Reform vollziehbar wäre, wenn Fürsten und Nation sich in dem Streben darnach und dem Modus dafür begegnen, — so wirksam und fest kann sie werden, wenn sie als Schutz wohlerworbener Rechte und vernünftiger edler Zwecke angerufen wird. Wir stützen unsere Hoffnung auf die wachsende Einsicht in die wahren Interessen des Vaterlandes und den damit nothwendig wachsenden Willen, für dieselben einzustehen; vor Allem aber auf die Unzerstörbarkeit der Rechte der Herzogthümer selbst. Wir stützen sie endlich darauf, daß, wenn ein allgemeiner Krieg drohen sollte, dieser um so günstigere Chancen für Deutschland bietet, je strenger es sich an den bundesrechtlichen Boden hält.

Insbesondere heben wir hervor, daß durch keinerlei Thatsachen die Legitimations- und Successionsfrage für Holstein aus den Händen des Bundes zu nehmen, zu umgehen und todtzuschweigen ist. Der Bund wird sie beantworten. Nicht minder ist zu erwarten, daß darnach die holsteinische Landesvertretung und Bevölkerung legale Gelegenheit finden wird, ihr inneres Landesrecht zu üben und geltend zu machen.

Wir wünschen mit Anderen, daß der Ausspruch des Bundes nach Recht und mit Würde geschehe. Wir erkennen diese Würde vor Allem darin, daß keine Einschüchterung Uebermächtiger, keine Furcht vor dem Auslande, kein tendenziöses Vorurtheil, sondern nur die innere rechtliche Ueberzeugung dabei wirke. Wir halten es dieser Würde zuwider, durch im Dunkeln spielende Gerüchte über fremde Ansprüche das unbefangene Urtheil abzulenken. Wir sind von dem völligen Ungrunde angeblicher russischer Ansprüche überzeugt; gesetzt aber, das Haus Gottorp habe noch irgend ein Erbrecht auf holsteinisches Land, so wird es der Würde des Bundes entsprechen, zu erwarten, daß sich der Kaiser von Rußland als Erbe vor seinem Forum legitimire.

Daß die am Bunde geführte Untersuchung der Würde desselben nicht entspreche, ist eine willkürliche Verdächtigung, welche die Gründlichkeit des Ausschußberichts widerlegen wird. Derselbe wird feststehen gegen Die, welche in Behauptungen stark, aber in Gründen und Beweisen schwach sind.

Die Sache Schleswig-Holsteins hat bereits hoffnungslos scheinende Phasen durchlaufen; sie hat sich stets an ihrer innern Kraft aufgerichtet.

So haben wir selbst bei dem unserer Meinung nach im Ganzen gegen sie gerichteten Schritte der Großmächte einen Anhalt zu Besserem zu konstatiren. Die neuesten Eröffnungen der preußischen Regierung enthalten das Zugeständniß, daß sie dem Erbrecht der Augustenburger nicht prinzipiell entgegen sei, daß sie den Bundesspruch achten und, wenn die Herstellung eines dynastisch-selbständigen Schleswig-Holsteins nicht möglich sein sollte, eine reine Personalunion mit Dänemark erstreben wolle. Die bisherige Haltung der großmächtlichen Regierungen schien freilich nicht dazu angethan, die Möglichkeit der dynastischen Selbständigkeit Schleswig-Holsteins zu fördern; die sie sekundirende offiziöse Presse ließ auf die größte Neigung zum Gegentheil schließen. Es erscheint uns wenig der politischen Klugheit zu entsprechen, eine Frage, für welche man freie Hand behalten will, im Sinne einer Partei, und zwar des nationalen Feindes, zu präjudiziren und Das, was man im ungünstigsten Falle, nach Kampf und Niederlage noch als ein Minimum der Forderung betrachten muß, als das zu erstrebende Ziel erscheinen zu lassen. Wir halten es für völlig unangemessen, jetzt die Auskunftsmittel für den Fall des Mißlingens zu diskutiren und die Unterhandlungsmittel durch vorzeitige Erörterung zu schwächen. Wir würden neben die Auskunft der Personalunion noch andere Lösungen halten können, wenn wir die Zweckmäßigkeit dessen diskutiren wollten, was wir im Allgemeinen dem Rechte gegenüber als unzulässig und bei der starken Position Deutschlands als unnöthig und unwahrscheinlich erklären.

Die Stärke des Rechts besteht vornehmlich darin, daß es ganz geltend gemacht werden und von keiner Transaktion wissen will.

In dieser Ueberzeugung von der Kraft und Einigkeit eines guten Rechts wollen wir nicht wankend werden und für unsern Theil fortfahren, das volle Recht Schleswig-Holsteins hoch- und festzuhalten.

Wir hegen die begründete Zuversicht, daß die deutschen Regierungen sich nicht beirren lassen, die Befugnisse zu üben und zu wahren, welche ihnen der Bundesvertrag garantirt, und daß sie störende und unberechtigte Eingriffe und Anmaßungen in Zukunft zurückweisen werden. Das deutsche Volk wird sich in einer, höherm Zweck entsprechenden Erhaltung und Anwendung des Bundesrechts auf ihrer Seite finden. Aber nothwendig ist es, daß sie sich eben so entschlossen wie streng auf dessen Boden stellen. Ohne das, politisch angreifbare, aus dem Bundesrecht nicht überzeugend zu motivirende Streben mehrerer Mittelstaaten nach einer militärischen Okkupation Schleswigs würde die Stellung gegen die Durchführung der großmächtlichen Sonderpolitik ungleich stärker gewesen sein.

So bleiben wir denn, nach wie vor, bei der Meinung stehen, daß der Bund sich zunächst an die Erledigung der Legitimationsfrage zu halten habe und daß er sich auf keine Verhandlungen wegen Schleswigs einlassen dürfe, ehe diese von ihm nicht beantwortet ist. Schleswig muß nicht vom Standpunkt des Zweifels, sondern von dem der Gewißheit in Behandlung genommen werden. Es ist dabei nichts schlimmer zu machen. Das Recht der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer ist jedenfalls fester begründet, als irgend ein Anspruch Deutschlands auf Verfassungsänderungen in Schleswig. Europa wird, darin sind wir mit Andersdenkenden einverstanden, einem Statusquo Rechnung tragen: aber ein anerkannter Herzog von Holstein mit allen den nach Landes- und Bundesrecht ihm zustehenden Mitteln, Hilfen und Befugnissen ist ein mächtigerer, festerer Statusquo, als eine mit dem Gefühle halben Rechts unternommene, im Erfolg zweifelhafte, diplomatisirende Besetzung Schleswigs.

Wir hoffen nicht mißverstanden zu werden, als ob wir zu Indolenz und Vertrauensseligkeit auffordern wollten; wir wünschten im Gegentheil nur, die Hoffnung auf ein gutes Ende aufzufrischen. Diese Hoffnung wird erfüllt werden, wenn Staaten und Einzelne die gebotenen Rettungswege benützen und nach Kräften und uneigennützig für die Sache der Herzogthümer und des Vaterlandes nach allen Seiten wirken.

Deutschland.

Frankfurt. Die Wiener „Presse" veröffentlicht den Wortlaut der von Hrn. v. d. Pfordten redigirten und in der Bundestags-Sitzung vom 21. d. M. beschlossenen Instruktion für die Bundeskommissäre bezüglich des Durchmarsches österreichisch-preußischer Truppen nach Schleswig. Das Aktenstück wirft zunächst einen Rückblick auf die bekannten betreffenden Vorgänge in den letzten Bundestags-Sitzungen und fährt dann fort:

Indem Ew. ꝛc. hievon Kenntniß erhalten, wird Ihnen zugleich auf Grund Beschlusses hoher Bundesversammlung vom Heutigen nachfolgende Instruktion ertheilt.

Wenn die hohe Bundesversammlung zur Zeit nicht für angemessen erachtet hat, zu Maßnahmen in Bezug auf das Herzogthum Schleswig zu schreiten, so kann sie sich doch im Hinblick auf Art. XLVI der Wiener Schlußakte nicht veranlaßt sehen, denjenigen Entschließungen entgegenzutreten, welche die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte in Bezug auf das nicht zum Bund gehörige Herzogthum Schleswig fassen zu müssen glauben, vorausgesetzt, daß sie den Rechten des Bundes und dem Vollzug der Bundesbeschlüsse und Anordnungen desselben in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in keiner Weise zu nahe treten.

Diese Voraussetzung findet in der Erklärung der beiden höchsten Regierungen vom 19. d. M. ihre Anerkennung und die Garantie ihrer Einhaltung bei der nicht zu vermeidenden Betretung Holsteins durch die nach Schleswig bestimmten österreichischen und preußischen Truppen.

Es wird daher die bei dem Durchmarsch der genannten Truppen weder die in Ihren Händen ruhende Regierungsgewalt, noch die bisherige rechtliche und thatsächliche Stellung des Kommandirenden, Generalleutnants v. Hake, und der ihm untergebenen Bundestruppen irgend eine Beeinträchtigung oder Hemmung erleiden.

Ebenso ist es selbstverständlich, daß ganz in derselben Weise, wie dies bezüglich der Bundestruppen selbst als Grundsatz ausgesprochen worden ist und gehandhabt wird, die Einwohner des Herzogthums Holstein durch den Durchmarsch der österreichischen und preußischen Truppen möglichst wenig belästigt werden, und daß entsprechende Vergütung aller Leistungen für diese Truppen stattfinden werde.

Hiernach wollen Sie in Ihren Beziehungen zu den Befehlshabern der durch Holstein und Lauenburg marschirenden österreichischen und preußischen Truppen sich richten und denselben jedes den obigen Gesichtspunkten entsprechende Entgegenkommen erweisen.

Sollten sich in der Bevölkerung des Herzogthums Holstein unrichtige Auffassungen oder Befürchtungen bezüglich des Durchmarsches der genannten Truppen erzeugen, so werden die Kommissäre in geeigneter Weise für Aufklärung und Beruhigung Sorge tragen.

Dem Kommandirenden der Bundestruppen ist von dieser Mittheilung und Instruktion Kenntniß zu geben.

München, 25. Jan. (Fr. Post-Ztg.) Auf Einladung des Grafen v. Hegnenberg haben sich die hier weilenden Mitglieder unserer Zweiten Kammer über den Aufruf des Abg. Umbscheiden bezüglich einer Versammlung der Abgeordneten der Mittel- und Kleinstaaten besprochen und beschlossen, dem Aufruf keine Folge zu geben; dagegen hat bereits eine ziemliche Anzahl von auswärtigen Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Projekte erklärt, dessen Ausführung aber von der allgemeinen Zustimmung, oder doch wenigstens von der Zustimmung des größten Theiles unserer Kammermitglieder abhängen wird.

München, 26. Jan. (W. T.-B.) Der König hat die Abordnung der schleswig-holsteinischen Landesdeputation empfangen. Die vom König ertheilten Versicherungen haben vollste Zufriedenheit erregt. Die Abordnung war von der Gesammtdeputation bis vor's Schloß begleitet, wo diese sich aufstellte. Nach Verfluß einer halben Stunde erschien König Max am Fenster, von der Gesammtdeputation mit Jubel empfangen.

Würzburg, 25. Jan. (Bayer. Z.) Die schleswig-holsteinische Deputation wurde hier von einer zahllosen Menschenmenge begeistert empfangen. Bei dem ihr gebotenen Frühstück wurde der Festgruß auf ein glückliches und vollständiges Gelingen der Abordnung, dargebracht vom Landtags-Abgeordneten Advokaten Streit, durch das Deputationsmitglied Pfahler mit einem Hoch auf Se. Majestät erwiedert und dieser Toast mit nicht enden wollender Begeisterung aufgenommen.

Dresden, 26. Jan. (W. T.-B.) Das „Dresden. Journ." widerlegt die Nachricht der Wiener „Presse", es habe Hr. v. Beust in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ein Kompromiß vorgeschlagen.

Hannover, 25. Jan. (Fr. J.) Die preußischen Truppentransporte sind augenblicklich geschlossen. Nach spezieller Berechnung sind mit den durchpassirten 42 Extrazügen im Ganzen an die Elbe transportirt: 15,548 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, 4,480 Pferde und 380 Fuhrwerke. Nach Waffengattungen zusammengestellt waren es: 11,150 Mann Infanterie, 1,515 Mann Kavallerie, 1,726 Mann Artillerie und 840 Mann Pionniere. Der Rest der Gesammtzahl vertheilt sich auf die Stäbe und Feldlazarethe. Die Aufnahme der preußischen Truppen im hannoverschen Lande war keine günstige. Allerorten bekundete sich die Volksstimmung durch mannigfache Demonstrationen auf das unzweideutigste.

Hamburg, 26. Jan. (W. T.-B.) Das Wetter ist nebelig bei Südwestwind. Bis Blankenese starke Eissprengungs-Versuche. Die Eisdecke der Nordsee an den Küsten Schleswigs ist nur schwach.

Hamburg, 26. Jan. (Fr. J.) Feldmarschall Wrangel traf heute Morgen hier ein und stieg im „Hotel de l'Europe" ab. Gleichzeitig mit ihm kam Prinz Albrecht von Preußen hier an, der in „Streit's Hotel" Quartier nahm. Auf dem Berliner Bahnhof sind zum Empfang der Oesterreicher die nöthigen Vorkehrungen bereits getroffen, indem zum Ausladen der Pferde und Geschütze Rampen und Brücken errichtet sind. Die ersten Oesterreicher treffen heute Abend ein. Der Durchmarsch des ganzen Armeekorps wird 6 Tage dauern, und werden im Ganzen 20,000 Mann unsere Stadt passiren. — Die Johanniterritter errichten in Altona ein großes Lazareth für preußische Soldaten.

Hamburg, 27. Jan. (W. T.-B.) Das dänische Ministerium hat die Wahlen für das Folkething und für den Reichsrath in Schleswig angeordnet. Die Dänen armiren fortwährend das Danewerk; 600 Mann sind täglich mit Schanzarbeiten beschäftigt. Zur Bestreichung der Hoddebyer Straße sind auf Möwenberg (Schleyinsel) Schanzen erbaut und mit Geschützen armirt.

Altona, 24. Jan. (Nat.-Ztg.) Unsere Hauptkirche ist heute der Schauplatz von Auftritten gewesen, von denen wir sagen müssen, daß sie sehr bedauerlich gewesen. So viel bis jetzt mit Zuverlässigkeit hat in Erfahrung gebracht werden können, ist der Hergang in der Kürze folgender gewesen. Die Kirche war gedrängt voll und wurde noch umstanden von einer größen Zahl Solcher, die nicht mehr hatten hinein kommen können. Nachdem Probst Nievert die Kanzel bestiegen und ein Gebet gesprochen hatte und darauf die Predigt beginnen wollte, verließen die Anwesenden, und zwar schweigend, die Kirche in so großer Zahl, daß Probst Nievert sich veranlaßt sah, seinerseits die Kanzel zu verlassen. Da riefen einige Stimmen: „Hierbleiben! Probst Nievert hierbleiben!" und der Probst kehrte um, die Predigt wieder zu beginnen. Nun aber brach ein lauter Sturm los in Ausdrücken, welche zeigten, daß die Gemeinde vergaß, wo sie sich befand. Einige Frauen sollen das Wort für den Probst ergriffen haben, ein Zeichen, daß auch sie vergaßen, wo sie sich befanden. Einer der HH. Kommissäre soll die Gemeinde angeredet haben — aber vergebens. Drei- oder viermal versuchte Probst Nievert

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zum Wort zu gelangen, aber jedes Mal haben betäubende Rufe der beständig die Kirche im Uebermaß füllenden Menge dies verhindert. — So eben erscheint folgender öffentlicher Anschlag: „Mitbürger! Probst Nievert hat die Stadt verlassen und ist um seinen Abschied eingekommen. Seine bisherige Wohnung ist Eigenthum der Stadt und wird deßhalb dem Schutze der Einwohner Altona's empfohlen."

Kiel, 24. Jan. (Nat.-Ztg.) Der Einmarsch preußischer Truppen hat sich bis jetzt noch verzögert. Indessen werden von preußischen Proviantbeamten Magazine und eine Feldschlächterei hier errichtet, da die Truppen Naturalverpflegung erhalten sollen. Nach dem zu Tage tretenden System der Truppenbewegung nach der Grenze, werden die Preußen den linken und rechten Flügel, also wahrscheinlich als Operationsbasis die Gegend von Friedrichsstadt und Kiel, die Oesterreicher das Zentrum, Rendsburg, haben. Die Vorhut des rechten Flügels befindet sich bereits in dem 2 Meilen von hier entfernten Preetz. Prinz Friedrich Karl und das Hauptquartier sind in Plön, dem ehemaligen Sitze der holsteinschen Regierung. Eigenthümlich wird die Stellung der Ehrenwache, welche der Verein schleswig-holsteinischer Kampfgenossen dem Herzog gibt. Sie war in den letzten Tagen bekanntlich eine wirkliche Sicherheitswache geworden. Man ist jedoch gespannt, ob eine eventuelle preußische Besatzung eine bewaffnete Wache neben sich dulden wird. Vom Senat (Magistrat) ist an den Vorsteher des Vereins der Kampfgenossen die Weisung ergangen, erst auf einen schriftlichen Befehl der Zivilbehörde die Wache einzuziehen.

Kiel, 25. Jan. Die herzogl. Landesregierung hat unterm gestrigen Datum an sämmtliche Polizeibehörden folgenden Erlaß gerichtet:

Die Polizeibehörden des Landes werden hiedurch angewiesen, mit aller Sorgfalt angewandt zu sein, Konflikte zwischen der Bevölkerung und den einrückenden k. k. österreichischen und k. preußischen Truppen zu verhüten.

Unter demselben Datum ist von der herzogl. Landesregierung folgende Bekanntmachung, betreffend die Leistung von Quartier und Verpflegung s. w. d. a. für k. k. österreichische und k. preußische Truppen erlassen:

Wenn dem Vernehmen nach in der nächsten Zeit eine größere Anzahl k. k. österreichischer und k. preußischer Truppen in Holstein auf dem Durchmarsch nach dem Herzogthum Schleswig einrücken wird, so werden alle betreffenden Obrigkeiten, Lokalbehörden und sonst Beikommende hiedurch im Anschluß an die Bekanntmachung der vormaligen holsteinischen Regierung, d. d. Plön, 9. Dezbr. 1863, darauf aufmerksam gemacht, daß auch rücksichtlich dieser Truppen Quartier und Verpflegung s. w. d. a. bis weiter nach der Verordnung vom 9. Mai 1806, betreffend die außerordentliche Einquartierung, nebst den dazu gehörigen späteren Verfügungen wird geleistet werden müssen, und daher den deßfallsigen Requisitionen thunlichst Folge zu geben ist.

Berlin, 26. Jan. Wir haben heute noch über die letzte, dem Schluß des Landtags unmittelbar vorangegangene Sitzung des Abgeordnetenhauses zu berichten. Das Haus beschäftigte sich mit der Militärvorlage. Der Präsident verliest das Schreiben des Präsidenten des Herrenhauses, in welchem derselbe die am Samstag vom Herrenhause über das Budget gefaßten Beschlüsse mittheilt.

Der Präsident: Nach dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung sei er der Ueberzeugung, daß ein Budget für 1864 zu Stande kommen muß und daß deßhalb das Haus der Abgeordneten, bis das Budget zu Stande gekommen, nicht entlassen werden kann. (Bravo!) Das Schreiben des Präsidenten des Herrenhauses wäre demnach, nebst den Anlagen, an die Budgetkommission zu überweisen. Mit Rücksicht auf die allgemeine Sachlage halte er es indessen für angemessen, daß das Haus sich noch in der heutigen Sitzung über die Angelegenheit in der geeigneten Weise ausspreche. Er fordert deßhalb die Mitglieder der Budgetkommission auf, sofort zusammenzutreten, um alsbald die entsprechenden Anträge zu stellen. (Bravo!) Abg. v. Gottberg protestirt gegen ein solches summarisches Verfahren; die Sache stünde nicht auf der Tagesordnung. Präsident: Das Haus habe sich schon am 13. Okt. 1862 über diese formelle Frage schlüssig gemacht. Das Haus stimmt der Ansicht des Präsidenten bei, und auf die Aufforderung des Abg. v. Bockum-Dolffs entfernen sich hierauf verschiedene Mitglieder aus dem Saal, um sich in das Kommissionszimmer zu begeben.

Es folgt die Fortsetzung der Verhandlung über das Militärdienst-Gesetz. Der Ministerialkommissär verliest eine Erklärung des Kriegsministers, dahin gehend: Wäre er, der Kriegsminister, bei der Stellung des Vertagungsantrags in der letzten Sitzung des Hauses anwesend gewesen, so würde er, weil die Staatsregierung über das Schicksal des vorliegenden Gesetzes nicht in Zweifel sein könne, erklärt haben, daß die Regierung keine Veranlassung habe, sich auf eine weitere Verhandlung einzulassen; denn die Staatsregiernng betrachte die Armeereorganisations-Frage lediglich als eine Budgetfrage, und das Budget sei nun ja abgelehnt.

Der Berichterstatter Abg. Gneist weist nach, wie die Versicherung des Kriegsministers, der Staatsregierung liege es fern, diesem Hause seine Rechte über den Kopf hinwegziehen zu wollen, durch die einfachen Thatsachen widerlegt werde. Die Regierung täusche sich aber: sie spreche von der Revolution, die sie zu bekämpfen habe; es handle sich aber um keine Revolution, sondern um die Verfassung und das Recht des Landes. (Bravo!) Der Kriegsminister möge im guten Glauben gemeint haben, durch die Armeereorganisation seinem Kriegsherrn zu dienen; in Wahrheit habe er aber nur den Kriegsherrn gegen den Landesherrn und die von demselben beschwornen Landesrechte in den Kampf geführt. (Bravo!) Ein Soldat wisse nichts von Recht, das habe man schon vor 2000 Jahren gesagt. Ueber Erklärungen, wie der Kriegsminister sie abgegeben, müsse der Justizminister erröthen. Weit gekommen sei es in Preußen, wenn ein Kriegsminister nicht Anstand nehme, vor diesem Hause zu erklären, daß nicht publizirte Administrativanordnungen für die Armeeverwaltung Landesgesetze seien. Das seien die Folgen der Kabinetsregierung, die der Freiherr vom Stein schon sehr richtig ein Verderben für Preußen genannt habe; das seien die Folgen, wenn Recht und Verfassung den Höflingen anheimfielen. Man betrachte das Land als ein einziges großes Rekrutirungsdepot für einen militärischen Hofstaat. (Bravo!) Ein Volk, das sich den Dank seiner Dynastie verdient, sei einer bessern Behandlung werth. Was wolle dieses Haus? Festhalten an der alten und bewährten Wehrverfassung Friedrich Wilhelm's III. und Friedrich Wilhelm's IV., und dennoch sage man, dieses Haus wolle das Land wehrlos machen. Unter aller Verlogenheit aller Zeiten und Parteien sei diese Behauptung die größte! (Bravo!) Ob es noch einen Rückzug gebe, lasse er dahingestellt; wenn man aber zurückginge, so würde es gewiß nicht zum Nachtheil des monarchischen Prinzips sein. Redner erinnert schließlich an das Wort, welches einst Napoleon I. entgegengehalten wurde: Votre Majesté a fusilé le droit! (Beifall.)

Die Budgetkommission hat inzwischen ihre Vorberathung beendigt und stellt durch ihren Referenten, Abg. v. Forckenbeck, den folgenden Antrag:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: 1) Der von dem Herrenhause in seiner Sitzung vom 23. Jan. d. J. gefaßte Beschluß, durch welchen dasselbe nach Ablehnung des von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Staatshaushalts-Etats-Gesetzes für das Jahr 1864 den, dem Herrenhause verfassungsmäßig nicht vorliegenden Budgetentwurf der königl. Staatsregierung im Ganzen angenommen hat, verstößt gegen den Art. 62 der Verfassung und ist deßhalb null und nichtig; 2) das Herrenhaus hat durch diesen Beschluß das wichtigste Recht des Abgeordnetenhauses verletzt und gleichzeitig durch Ablehnung des vom Abgeordnetenhause beschlossenen Staatshaushalts-Etats der k. Staatsregierung die verfassungsmäßige Befugniß entzogen, die darin bewilligten Ausgaben im Betrag von 137,971,941 Thlrn. zu leisten; 3) die k. Staatsregierung macht sich eines offenen Verfassungsbruches schuldig, wenn dieselbe fortfährt, ohne die Zustimmung der beiden Häuser des Landtags über die Mittel des Staats eigenmächtig zu verfügen; 4) jede Anleihe — in welcher Form es auch sei —, die ohne Genehmigung der Landesvertretung für den Staat aufgenommen werden sollte, ist verfassungswidrig und für den preußischen Staat alle Zeit unverbindlich."

Referent v. Forckenbeck begründet diesen Antrag, und der Abg. Behm stellt dann den Antrag, ohne Diskussion abzustimmen. Von mehreren Mitgliedern der konservativen Fraktion, wie von den Abgg. Wagener, v. Gottberg ꝛc., wird gegen die ganze Art und Weise der Behandlung dieses Antrags Protest erhoben, weil derselbe gegen die Geschäftsordnung verstoße. Diesem Protest schließt sich auch der Handelsminister an; verfahre das Haus dennoch so, so sei der zu fassende Beschluß null und nichtig. Der Berichterstatter, die Abgg. Waldeck, v. Hoverbeck ꝛc. treten diesen Deduktionen jedoch entschieden entgegen. Abg. Schulze-Delitzsch: Wozu diese ganze Diskussion? Es handle sich darum, daß dieses Haus seine Rechte wahre, welches auch die Rechte des Landes seien, und das Land erwarte, daß das Haus in diesem wichtigen Augenblick seine Schuldigkeit thue. Möge das Haus darum die Geschäftsordnung nicht als einen Fallstrick benützen. Abg. v. Forckenbeck: Ob die Minister denn etwa bereit seien, morgen mit dem Hause über die Resolution zu verhandeln? Die Minister sollten sich hierüber einfach erklären, dann fielen die Bedenken hinsichtlich der Geschäftsordnung alsbald weg. (Die Minister schweigen.) Der Präsident: Aus diesem Schweigen schließe er, daß das Haus gleich geschlossen oder aufgelöst werden solle. Er habe bis jetzt nichts davon gewußt, und er könne es nur bedauern, daß die Staatsregierung den Präsidenten dieses Hauses so wenig achte, daß sie ihm von dem beabsichtigten Schluß des Landtags vorher gar keine Mittheilung mache. Was die erhobenen Proteste betreffe, so könne er dieselben als begründet nicht anerkennen. Im Oktober 1862 sei ebenso verfahren worden.

Es kommt jetzt zur Abstimmung. Die Annahme des Antrags der Budgetkommission erfolgt mit sehr großer Majorität. Der Minister des Innern lehnt den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit in Bezug auf den Präsidenten ab, und verliest dann eine allerhöchste Botschaft, welche die beiden Häuser zur Schließung des Landtags auf heute Nachmittag 3 Uhr auf das k. Schloß entbietet. Das Haus setzt dann noch die Berathung über das Militärdienst-Gesetz fort, dessen Ablehnung mit 268 gegen 34 Stimmen erfolgt.

Es folgt der erste Bericht der Untersuchungskommission über die bei den letzten Wahlen vorgekommenen gesetzwidrigen Beeinflussungen. Der Bericht trägt darauf an, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die im Einverständniß mit dem Staatsministerium erfolgte Weigerung des Ministers des Innern, des Ministers für Handel und des Ministers für geistliche ꝛc. Angelegenheiten, den Requisitionen der Kommission vom 14., 15. und 16. Dez. vorigen Jahres zu entsprechen, verletzt Art. 82 der Verfassungsurkunde. Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident gibt dem Hause eine Uebersicht seiner Arbeiten und fährt dann fort: Diese reichen Arbeiten würden dem Lande, gegen gewisse frivole Verdächtigungen der allerjüngsten Zeit, unzweideutig beweisen, daß das Abgeordnetenhaus bemüht gewesen, die Verfassung in ihrem ureignen Geist gegen die eidesbrüchigen Einbrüche in des Volkes Rechte zu erhalten. Mit dem Abgeordnetenhaus wisse das preußische Volk aber auch, an wem die Schuld liege, wenn der innere Konflikt immer weitere Dimensionen annehme, und auch jetzt, gegen den ausdrücklichen Wortlaut der Verfassung, eine definitive Feststellung des Staatshaushalts-Etats nicht gelungen sei. Der budgetlose Zustand dauere fort und hebe das Recht des Volkes auf (hört!), der Ausbau der Verfassung in den nothwendigen Spezialgesetzen sei vollständig sistirt (hört! hört!), die liberalen Grundsätze von 1858 seien verlassen, und die „Machtfrage" habe das königliche Wort verdrängt: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen" (Bravo! hört!) und mit ihr sei der Absolutismus in der Form des Scheinkonstitutionalismus aufgetreten. (Hört!) Mitten in diesen innern Konflikt träten die äußern Verhältnisse hinein. Die 1858 gewonnenen moralischen Eroberungen seien verloren, in der schleswig-holsteinischen Sache verfolgten die deutschen Großmächte bundeswidrige Sonderbestrebungen; die Reaktivirung der heiligen Allianz mit allen ihren Gefahren sei das Ziel. In dieser Lage könne nur noch die freie Liebe des verfassungstreuen Volks zu seinem verfassungsmäßigen König helfen; sie allein vermöge das gefährdete Staatsschiff in dem sichernden Hafen der Verfassung vor einer selbstsüchtigen Reaktion zu bergen. Die beschworne Verfassung sei das unbesiegbare Banner, unter welchem das preußische Volk sich schare und unter welchem es mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen werde gegen jede verfassungswidrige Oktroyirung, und in diesem Sinne fordere er die Versammlung auf, einzustimmen in den Ruf: Hoch lebe Se. Maj. der König Wilhelm I.! Die Versammlung stimmt dreimal in diesen Ruf ein.

Der Alterspräsident Abg. Cetto stattet dem Präsidenten den Dank des Hauses ab, worauf dieses, unter dem Widerspruche der äußersten Rechten, in ein dreimaliges Hoch auf den Präsidenten ausbricht. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Verfassung und das verfassungstreue Preußenvolk schließt der Präsident die Sitzung.

Breslau, 24. Jan. Die kaiserl. österreichischen Truppen haben hier einen guten Empfang und eine freundliche Aufnahme gefunden.

Wien, 23. Jan. Die „Ostd. Post" schreibt: Die Annahme der mexikanischen Kaiserkrone Seitens des Hrn. Erzherzogs Maximilian ist nunmehr außer Zweifel. Se. Kais. Hoh. reist morgen nach Triest zurück, um in Miramare die letzten Reisevorbereitungen zu treffen und nach etwa 14 Tagen wieder in Wien einzutreffen. Eine zweite Deputation aus Mexiko wird im März erwartet. Dieselbe soll das Resultat der Volksabstimmung überbringen, worauf der gewählte Kaiser die Reise nach Mexiko antreten wird. Se. Maj. der Kaiser soll die definitive Zustimmung zu dem kühnen Unternehmen des Hrn. Erzherzogs gegeben haben, der dasselbe als eine rein persönliche Angelegenheit, welche das Reich nicht engagirt, auffaßt und durchführen will. Mit Frankreich, England, und indirekter Weise auch mit dem Präsidenten Lincoln sollen Seitens des Hofes von Miramare Verabredungen getroffen sein, die der Sache günstig sind.

Wien, 23. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Die Aufstellung der österreichisch-preußischen Truppen an der Grenze Schleswigs wird, wie man hier glaubt, erst in etwa drei Wochen vollendet sein. Eben so lange dürfte es dauern, bis der Bundestag die Frage der Erbberechtigung in den Herzogthümern definitiv entschieden hat. Hr. v. d. Pfördten hat nämlich als Referent der für die Angelegenheit niedergesetzten Kommission zwar schon jetzt sein Referat vollendet; jedoch haben Oesterreich und Preußen erklärt, daß sie mit den Konklusionen desselben nicht einverstanden seien und sich das Recht vorbehielten, bevor dieses Referat dem Plenum übergeben und dort darüber Beschluß gefaßt werde, ein eigenes Gegenreferat ausarbeiten und gleichzeitig vorlegen zu lassen. Diesem Ansinnen hat sich die Kommission gefügt, und es ist wahrscheinlich, daß Oesterreich und Preußen die Sache so lange hinziehen werden [wollen?], bis es den inzwischen fortdauernden Verhandlungen der europäischen Großmächte mit Dänemark gelungen ist, aus dem letztern denn doch eine Art von Konzession herauszupressen, welche es Oesterreich und Preußen möglich macht, die Besetzung Schleswigs aufzugeben und zu erklären, daß es nunmehr bei dem Londoner Traktat sein Bewenden habe. In dieser Zwischenzeit hofft man auch mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten beim Bundestag zu einer leidlichen Verständigung zu gelangen, und man glaubt schon jetzt günstige Anzeichen für dieses Resultat in der sich ändernden Stimmung an einigen der betreffenden deutschen Höfe wahrzunehmen.

Wien, 24. Jan. (Presse.) In Anwesenheit der Minister Schmerling, Rechberg, Lasser, Plener, Burger, Hein, des Kriegsminister-Stellvertreters F.M.L. v. Mertens mit dem Oberkriegskommissär v. Damaschka, dann des Ministerialraths im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, v. Biegeleben; ferner im Beisein einer ungewöhnlich großen Zahl von, dem Ausschuß nicht angehörenden Abgeordneten begann gestern im Plenum des Finanzausschusses die Berathung über die Kreditforderung der Regierung zu Zwecken der Expedition nach Schleswig.

Der Referent Dr. Giskra verlas zunächst den Bericht der Sektion und knüpfte daran die Bemerkung, daß die in der Vorlage der Regierung mit enthaltene Forderung von 4 Millionen Gulden an Kriegskosten-Entschädigung aus dem Jahr 1859 Gegenstand eines abgesonderten Berichts sein werde.

Regierungskommissär v. Biegeleben ließ der Verlesung des Berichts ein längeres Exposé über die Politik Oesterreichs in Bezug auf Schleswig-Holstein folgen, in welchem zuerst einige sachliche Erläuterungen über die Ziffer der Bundesmatrikularumlage gegeben wurden, und dessen Ideengang beiläufig der folgende war: Die Regierung mußte unter dem Druck gebieterischer Umstände so handeln, wie sie gehandelt hat. Sie konnte einerseits dem Bunde nicht nachgeben, konnte aber auch andererseits nicht passiv bleiben. Mit Bezug auf den erstern dieser beiden Gesichtspunkte entwickelte nun der Regierungskommissär auf Grund der verschiedenen Verträge die staatsrechtlichen Momente der Frage, dabei bemerkend: Die fremden Mächte seien in der Lage, unabhängig von den Verpflichtungen, die Dänemark später gegen Deutschland einging, am Londoner Vertrage festhalten zu können, und es sei das auch in der That die Richtung, die sie in ihren Erklärungen einhalten. Würde der Londoner Vertrag beseitigt, dann würden die Verhältnisse von 1846 wieder aufleben, die ganze Verwicklung der Frage, wie sie damals stand, würde wieder in den Vordergrund treten, und könnte nur durch Kompromisse ihre Erledigung finden. Der Majorität am Bunde könne Oesterreich nicht folgen, denn ihre Haltung würde zum Weltkrieg führen, indem sie die Losreißung der Herzogthümer von Dänemark anstrebe, wie sie gegenwärtig die aufgeregte öffentliche Meinung in Deutschland begehre. Dieser Majorität könne Oesterreich übrigens auch schon aus dem Grund nicht folgen, weil es das Nationalitätsprinzip nicht anerkennen könne. Den zweiten der beiden Gesichtspunkte betreffend, führte der genannte Regierungsvertreter aus: Sobald die Mittelstaaten ihre Aktion in bekannter Richtung aufgenommen hätten, wäre auch Frankreich in die Aktion eingetreten, und dann hätte Oesterreich auch daran müssen, dann wären wohl auch statt der 10 Mill. 100 Mill. nothwendig geworden. Auch würde Oesterreich, hätte es sich passiv verhalten, seine Stellung als deutsche Großmacht verläugnet haben. Die Ehre Oesterreichs gebot einzuschreiten, denn in erster Linie habe Oesterreich im Jahr 1852 die Stipulationen mit Dänemark zu Stande gebracht. Die österreichische Regierung, bemerkte der Ministerialvertreter im weitern Verlauf, sei sich ihrer Ziele klar bewußt; sie könne dieselben aber in einer so großen Versammlung nicht veröffentlichen, ohne dieselben zu gefährden. Die Anträge der Sektion seien bedenklicher Art; in ihnen werde die Haltung der Regierung einer Zensur unterzogen; ihr Gedanke sei der, daß Oesterreich thun müsse, was man in Frankfurt wolle, und das sei geeignet, die Mittelstaaten in ihrer widerstrebenden Haltung oder etwa gar zu weiterm Vorgehen zu ermuntern.

Nachdem Hr. v. Biegeleben seinen Vortrag beendet hatte, nahm Graf Rechberg das Wort, um dem Ausschuß bruchstückweise von der gestern in Frankfurt über Pfordten's Antrag mit allen gegen 2 Stimmen beschlossenen Instruktion an die Bundeskommissäre in Holstein Mittheilung zu machen. In dieser Instruktion wird gesagt: Wenn auch der Bund die Okkupation nicht beschlossen habe, so könne Oesterreich doch auf Grund des Art. 46 der Wiener Schlußakte nicht gehindert werden, selbständig vorzugehen; es sei sonach den durch Holstein marschirenden Truppen freundlich entgegenzukommen. An diese Mittheilung reihte sich eine mehrstündige, lebhafte Debatte.

Der Abg. Brinz zunächst wendete sich in entschiedenem Tone gegen

die Ausführungen des Regierungskommissärs, und beleuchtete die Sache vom rechtlichen Standpunkte, die Anträge der Sektion auf das wärmste empfehlend. Ihm folgte der Abg. Dr. Taschek, der im Lauf seines Vortrags unter Anderm bemerkte, die Ausführungen des Regierungsvertreters hätten ihm eine der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht. Wie Taschek stimmte auch Abg. Kuranda für die Sektionsanträge; dieser zeichnete den Riß, den das gemeinsame Auftreten Oesterreichs und Preußens in Deutschland bewerkstelligt habe, und polemisirte gegen die von dem Regierungsvertreter gebrauchte Phrase, daß Oesterreichs Ehre verpfändet gewesen sei, indem er dabei auf die Züricher Stipulationen nach dem Kriege von 1859 hinwies; der Redner bemerkte auch u. A., es wäre Oesterreichs Pflicht gewesen, bevor es gemeinsam mit Preußen gegen Deutschland auftrat, die Abstimmung über den hessischen Antrag am Bunde abzuwarten.

Die Abgg. Schindler und Tschabuschnigg behandelten die Frage vom österreichischen Standpunkt; sie gingen Beide weiter noch als ihre Vorredner, befürworteten zwar die Sektionsanträge, bemerkten jedoch sofort, daß sie auch für eine Resolution stimmen würden. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Abg. Herbst ein; er analysirte zunächst die Frage in sachlicher Weise, befürwortete die Anträge der Sektion, und sprach rückhaltslos die Ueberzeugung aus, daß es nothwendig sei, die politischen Motive der Ablehnung in eine das Vorgehen der Regierung mißbilligende Resolution zuzuspitzen. Im Lauf seiner Auseinandersetzung charakterisirte Herbst die Allianz Oesterreichs mit Bismarck, dabei auf die gestern vom Telegraphen gemeldete Aeußerung des preußischen Premiers betreffs der Stellung der Mittelstaaten zu Oesterreich, in scharfen Worten hinweisend. In ähnlichem Sinn, wie die vorgenannten Redner, sprachen sich auch die Abgg. v. Grocholski, Skene und Baron Ingram für die Sektionsanträge aus.

Die Anschauungen der Regierung fanden nur wenige Vertheidiger. Unbedingt schloß sich ihnen nur der Abg. Baron Tinti an; er glaubte unter Anderm betonen zu müssen, daß die Regierung für ihre Expedition nach Schleswig einen Kredit überhaupt nicht gefordert habe. Einen ganz aparten Standpunkt nahmen der magyarisch-siebenbürgische Abg. Groiß und der rumänisch-siebenbürgische Abg. Alduleanu ein; Ersterer machte geltend, Ungarn gehöre nicht zum Bund, habe daher auch mit der deutschen Sache nichts zu thun; Letzterer brachte in einer langathmigen Auseinandersetzung die Anwesenden zur Ueberzeugung, daß der Streitgegenstand ihm auch nicht entfernt klar sei. Beide sprachen sich, charakteristisch genug, gegen die Bewilligung der Matrikularumlage, wohl aber für die Bewilligung des von der Regierung geforderten Kredits aus. Außer den drei Letztgenannten nahm kein Abgeordneter zu Gunsten der Kreditforderung das Wort.

Die Ausführungen der Minister Rechberg und Schmerling, dann des Berichterstatters, schlossen die Generaldebatte. Graf Rechberg reproduzirte im Wesentlichen das bereits in der ersten Sitzung der Sektion Vorgebrachte. Hr. v. Schmerling kennzeichnete in kurzen Worten den Standpunkt der Regierung und bemerkte u. A.: Das Gesammtministerium glaube, daß die von ihm befolgte Politik unter den obwaltenden Verhältnissen die beste sei; sie allein sei geeignet, den Krieg zu lokalisiren. Mit Bezug auf die gegen Bismarck und die Allianz der österreichischen Minister mit demselben von mehreren Seiten gefallenen Aeußerungen verwahrte sich Hr. v. Schmerling gegen die Schlußfolgerung, als ob er eine Bismarck'sche Politik verfolgen wolle; man sei auf die Allianz mit Preußen, ohne Rücksicht auf dessen innere Zustände, eingegangen, weil Preußen im vorliegenden Fall dasselbe gewollt habe, wie Oesterreich.

Auf die Bemerkungen der Minister und die Generaldiskussion abschließend folgte das Schlußwort des Berichterstatters Dr. Giskra, eine Rede von mehr als einstündiger Dauer. An der Hand des Berichts widerlegte der Referent in zündender Rede alle Argumente, die von Seite der Regierung sowohl, als von jener der letztgenannten drei Abgeordneten zu Gunsten der Kreditforderung vorgebracht worden waren. Speziell gegen die Minister gewendet, fragte der Referent u. A., ob es etwa erwiesen sei, daß nicht Oesterreich es war, welches Preußens Allianz aufgesucht habe. Die beiden siebenbürgischen Abgeordneten machte der Referent darauf aufmerksam, daß das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland allerdings auch sie angehe, denn dieses Verhältniß sei durch Verträge geregelt, die der Kaiser von Oesterreich als absoluter Herrscher abschloß. Rücksichtlich der von mehreren Seiten als nothwendig anerkannten Formulirung einer Resolution erklärte Referent, er habe mit dem Abg. Schindler bereits in der Sektion eine Resolution beantragt, sei jedoch in der Minorität geblieben; er werde seinerseits einer Resolution, wenn eine solche beantragt werden sollte, unbedingt beitreten. Nach der Rede des Berichterstatters wurde die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.

Wien, 26. Jan. (W. T.-B.) „Generalkorrespondenz": Der dänische Gesandte v. Bülow wurde von Wien abberufen und überreichte dem Grafen Rechberg gestern das Abberufungsschreiben. Der Legationssekretär v. Lille verbleibt vorläufig in Wien.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. In der Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 23. d. gelangte der von Algerien handelnde Absatz zur Verhandlung. Die Opposition verlangte in einem Amendement Aufhebung der bestehenden Militärdiktatur, Gleichstellung Algeriens mit dem Mutterlande, Vertretung des Gebiets im Gesetzgeb. Körper.

Picard begründete den Antrag. Die drei Milliarden und das Blut seiner Söhne, was Frankreich für Algerien bereits aufgewendet, sollen doch mehr als blos scheinbare Früchte bringen. Algerien habe erst 44 Kilometer (noch nicht 6 deutsche Meilen) Eisenbahnen, während man in dem fremden Mexiko innerhalb zweier Jahre deren mehr hergestellt habe. Die Freiheit des Handels hänge von der Gnade bloßer Subalternoffiziere ab. Die Militärterritorien bildeten Asyle für Verbrecher, weil kein Gendarm solche hier verhaften dürfe. — Millon entgegnete, beginnend mit einem „Dank dem Himmel, daß wir zu dem letzten dieser Amendements gelangt sind." Er macht der Linken Vorwürfe, daß sie systematisch Opposition treibe. Die Geister der Abgeschiedenen wollten wieder zum Vorschein kommen, u. dgl. Vielfach wird verlangt, daß der Redner denn endlich von Algerien rede. Er bleibt in seiner Sprechweise, und der Präsident schützt ihn dabei. Picard entgegnet, daß man der Opposition, wenn sie Freiheit verlange, immer in solcher Art antworte. Darauf eine polternde Bemerkung von Chevandier de Valedrome. Vergebens verlangt Ollivier das Wort. Der Präsident ertheilt dasselbe dem General Allard, Präsident einer Sektion des Staatsraths, und dieser trägt nun zur Vertheidigung des Regierungsstandpunktes eine lange Abhandlung über Algerien vor. — Favre beleuchtet das Verhältniß. Er schließt mit einer Hinweisung auf Montesquieu's Bemerkung: Die Länder sind nicht nach Maßgabe ihrer Fruchtbarkeit, sondern nach Maßgabe ihrer Freiheit kultivirt. — Das Endergebniß war die Verwerfung des Amendements mit 222 gegen 18 Stimmen.

♁ **Paris,** 26. Jan. Während der „Morn. Post" zufolge England geneigt sein soll, gegebenen Falls zu Gunsten Dänemarks zu interveniren, bleibt die kaiserliche Zukunftspolitik fortwährend in tiefes Dunkel gehüllt. Dagegen hat es Hr. Thiers übernommen, einen Zipfel des Schleiers der Politik der Vergangenheit, aus Anlaß des Paragraphen über die mexikanische Expedition, in der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers zu lüften. Ich kenne die Vorgänge in der so eben endenden Sitzung noch nicht, doch sollte es mich nicht wundern, wenn sie stürmisch war. — Am 5. nächsten Monats ist es bereits 3 Monate, daß die Kammern versammelt sind. Die Regierung wird die Session schwerlich über den Monat März hinaus dauern lassen; und ist erst die Adresse diskutirt, das Zuckergesetz und das Jahreskontingent von 100,000 M. votirt, so ist es wahrscheinlich, daß man die Abgeordneten entlassen werde. — Die HH. St. Marc Girardin, Legouvé, Laboulay, Henri Martin und P. Gratry werden öffentliche Vorlesungen über Polen halten.

Unter dem Einflusse von 1/4 Baisse der englischen Consols und des alarmirenden Artikels der „Morning Post" eröffnete die Börse flau zu 66.30. Gegen den Schluß jedoch stieg Rente rasch auf 66.50, in Folge der Nachrichten über den günstigen Erfolg der Anleihe. Die Subskription erreichte heute Morgen 3 Milliarden 600 Millionen, und Jene, welche auf die Unterzeichnung hin gekauft hatten, decken. Die übrigen Werthe, Mobilier, ital. Anleihe u. s. w. folgten der Bewegung nicht. Eine Erhöhung des Disconto's für nächsten Donnerstag ist übrigens noch immer befürchtet; die französische Bank soll sogar bei der österreichischen Nationalbank wegen 50 Millionen Silberbarren oder Baargeld unterhandeln.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Jan. Im Folkething wurde gestern der Adreßentwurf einstimmig der zweiten Behandlung und mit 39 gegen 27 Stimmen einem Ausschuß von 7 Mitgliedern überwiesen. — Im Landsthing kam der Adreßvorschlag zur ersten Behandlung und wurde einstimmig mit 43 Stimmen der zweiten überwiesen.

Großbritannien.

* **London,** 24. Jan. Die „Saturday Review" enthält einen übersichtlichen Artikel über die deutsch-dänische Frage, in welchem sie verschiedenen, in der englischen Presse umherspukenden Grillen und Phantasien, Vorurtheilen und Entstellungen in gewohnter Weise entgegen tritt. Wir heben daraus folgende Stellen hervor:

Die Beweggründe, die den diensteifrigen und unpolitischen Vertrag von 1852 eingaben, haben längst ihre Kraft verloren, und es gehört einige Anstrengung dazu, sich die Sache auch nur geschichtlich zu erklären. Von allen Theilnehmern am Vertragsschluß hält nach einem Verlauf von 12 Jahren wohl nur Rußland noch an derselben Politik fest, obwohl ihm die Kraft fehlt, ihr Geltung zu verschaffen. Unter allen europäischen großen Staaten ist Deutschland unser natürlichster Verbündeter, und ohne die gegenwärtige Verwicklung könnte man den Satz, daß England der beste Freund Deutschlands ist, mit noch größerer Zuversicht bekräftigen. Das Gezänk um Schleswig hat für den Augenblick die englische Politik von ihrer Bahn getrieben, und zugleich für die diplomatisirenden Ingenieure Frankreichs eine Bresche eröffnet. Aber doch ist unter allen politischen Irrthümern, die französische Schriftsteller so erfolgreich verbreitet haben, keiner so kraß, wie der Glaube, daß die Grenzen Deutschlands nicht von der Ausbreitung seiner Race und Sprache abhängen, oder auf einem uralten Besitzstand beruhen, sondern daß sie sich lediglich auf die Verträge von 1815 stützen. Ist die deutsche Nation einig, so ist eine Eroberung Rheinpreußens oder Rheinbayerns durch die Franzosen weder wahrscheinlicher noch unwahrscheinlicher, als eine französische Eroberung von Kent.

* **London,** 25. Jan. Die „Morn. Post" bemerkt zu der Nachricht von der von Dänemark verlangten sechswöchentlichen Frist:

Wir erfahren ohne Verwunderung, daß Oesterreich und Preußen den Vorschlag zurückgewiesen haben und an ihrem Invasionsplan festhalten. Die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes naht also mit raschen Schritten, und die Eider erhält im Nu die Wichtigkeit, die man bei früheren Gelegenheiten dem Pruth und Tessin beigelegt hat. Die verbündeten österreichisch-preußischen Truppen sollen sich am 6. Febr. an der Grenze Schleswigs aufstellen, und man nimmt an, daß die Ueberschreitung des Flusses erst einige Tage später unternommen werden soll. Bevor dieser verhängnißvolle Schritt erfolgt, ist es noch immer Zeit, zu unterhandeln, und es ist schwer zu glauben, daß die beiden Mächte so wahnwitzig sein werden, der Meinung Europa's Trotz zu bieten. Beim Zusammentritt des Parlaments wird die englische Meinung sich unumwunden aussprechen, und wir dürfen getrost voraussagen, daß die Gesinnung Englands ganz und gar auf Seiten Dänemarks stehen wird. Von der Regierung erwartet man beim Beginn der Session die Erklärung, daß England nicht neutral bleiben wird, falls die Feindseligkeiten beginnen. Wir sind der Zuversicht, daß England, Frankreich, Rußland und Schweden sich verständigen und zur Vertheidigung der Integrität Dänemarks vereinigen werden. Was können die Deutschen gegen eine solche Koalition auszurichten hoffen?

Die andern Blätter, namentlich „Times" und „Daily News", sind noch mit Spekulationen über das Ergebniß der erwarteten Unterhandlungen beschäftigt. Die „Times" ist so voller Friedenshoffnung, daß sie ihren Leitartikel mit den Worten beginnt: „Unsere Leser werden heute Morgen mit Befriedigung sehen, daß das Kriegsgewölk, welches sich so schwer über dem Norden Europa's gesenkt hatte, emporschwebt und, wie man allen Grund zu hoffen hat, sich zertheilen dürfte." Ueber diesen Text folgen dann verschiedene Variationen:

Es liegt in den streitigen Fragen Nichts, was nicht auf dem Wege der Unterhandlung beigelegt werden könnte, außer falls die Vernunft allen Einfluß auf Rathsversammlungen und Regierungen verloren haben sollte, und wir schätzen uns glücklich, wahrzunehmen, daß diese Fragen jetzt der blinden Entscheidung der Gewalt entrissen sind... Wenn die Mächte den dänischen Vorschlag annehmen, werden die österreichisch-preußischen Truppen wahrscheinlich die Eider gar nicht überschreiten und die unmittelbare Kriegsgefahr wird verschwunden sein.

Sodann erhält Deutschland die Lehre, sich daheim umzusehen und zu erkennen, wie sein Haus im Innern bestellt sei:

Sobald der Streit mit Dänemark beigelegt ist, wird Deutschland wohl daran thun, die Spaltungen zu bedenken, die durch sein Kämpenthum für nationale Einheit hervorgerufen oder wenigstens enthüllt worden sind. Die Staaten, die den Harnisch angelegt haben, um einen jenseits der nördlichen Grenze lebenden Bruchtheil der Nationalität zu vertheidigen und einen Prätendenten zu unterstützen, zeigen eine gefährliche Meinung, ihre Waffen gegen viel nähere Stammverwandte zu kehren... All' diese Inkonsequenzen und Verwirrungen kann Europa mit Gleichgiltigkeit betrachten, wenn sie nicht mehr gefährlich sind... Aber das Unheil, welches daraus für Deutschland selbst entspringen kann, ist nicht leicht zu ermessen.

γ Freiburg, 22. Jan. Das Gastspiel der Frau Lange, welche gestern Abend als Broni im „Goldbauer" hier auftrat, hat in allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft ungemeine Sensation gemacht. Das Haus war mehr als je gefüllt, und bereits am Tage vor der Vorstellung war kaum mehr ein Billet für den 1. und 2. Rang zu erhalten. Stürmische Beifallsbezeigungen und wiederholte Hervorrufe bekundeten den gewaltigen Eindruck, den dies meisterhafte Spiel auf unser Publikum machte, und insbesondere erinnern wir uns nicht, bei irgend einem frühern Anlaß an dem weiblichen Auditorium solche unverkennbare Zeichen allgemeiner und tiefer Gemüthsbewegung wahrgenommen zu haben, wie am gestrigen Abend. Den hiesigen Mitspielenden ist nachzurühmen, daß sie ihr Bestes thaten, um ein würdiges Ganze herzustellen, und waren mehrere der Einzelleistungen recht wohl gelungen. Allgemein gespannt ist man, des gefeierten Gastes seltene Begabung auch in Aufgaben anderer Gattung sich bethätigen zu sehen; dem Vernehmen nach wird Frau Lange im Lauf des Winters noch in zweien ihrer Glanzrollen, Phädra und Julia (Romeo), hier auftreten.

Karlsruhe, 27. Jan. Der Circus Hinné hat gestern seine Vorstellungen begonnen. Schon der erste Abend hat den Ruf, welcher dieser Gesellschaft von München, Frankfurt, Freiburg, Stuttgart u. s. w. vorangegangen ist, vollkommen gerechtfertigt. Die große, eben so zweckmäßig als geschmackvoll eingerichtete Bude, die hohe Virtuosität der ausführenden Künstler und Künstlerinnen, die große Mannichfaltigkeit ihrer Leistungen, die zahlreichen wohldressirten Pferde verschiedener Racen von seltener Pracht, der ungemeine Reichthum und Eleganz der Kostüme und Pferdegeschirre — Alles vereinigt sich, um die Sinne zu fesseln. In der That ist die Hinné'sche Gesellschaft ein Circus ersten Rangs, dem auch die Reminiszenzen an das Beste, was wir in den letzten Jahren hier gesehen haben (Wollschläger, Renz), nicht störend in den Weg treten können. Die Leistungen erfreuten sich ausnahmslos großen Beifalls, und alle Auftretenden wurden stürmisch gerufen. Zwar hat man selbstverständlich das Meiste schon gesehen, aber man sieht es immer gern wieder, wenn es so vorzüglich und in so ansprechender Weise geboten wird. Auf das Einzelne einzugehen ist hier nicht der Ort; wir wollten nur Zeugniß von dem Gesammteindruck ablegen. Doch wollen wir nicht unterlassen, hervorzuheben, daß auch der berühmte Clown Hr. Little Wheal, der von dem Circus Renz her noch so vortheilhaft hier in Erinnerung steht, zur Gesellschaft gehört. Er wurde freundlich empfangen und erntete im Lauf der Vorstellung stürmischen Applaus. Kurz der Circus darf — ohne Phrase — bestens empfohlen werden.

Nachschrift.

Telegramm.

△ **Hamburg,** 27. Jan. Der „Eckernförd. Ztg." zufolge wurden zu Garding und Tönningen vier eidverweigernde Advokaten suspendirt. Das Ministerium für Schleswig hat verfügt, daß die bisher den holsteinischen Behörden unterstehenden Grundstücke nördlich von der Eider vorläufig den schleswigschen unterstellt sind.

Nach der „Flensb. Ztg." sind die Häfen von Flensburg, Eckernförde und Apenrade eisfrei. In Flensburg sind drei Dampfboote mit Truppen angekommen.

Marktpreise.

Ergebniß des am 23. und 26. Jan. 1864 zu Villingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf. Ztnr.	Ganze Verkaufssumme.	Preis per Ztnr.	Aufschlag per Ztnr.	Abschlag per Ztnr.
Kernen	1341	8372 fl. 43 kr.	6 fl. 15 kr.	— fl. — kr.	— fl. 6 kr.
Roggen	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Gerste	2	8 fl. — kr.	4 fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Bohnen	19	68 fl. 24 kr.	3 fl. 36 kr.	— fl. — kr.	— fl. 16 kr.
Erbsen	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Linsen	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Mischelfrucht	32	107 fl. 8 kr.	3 fl. 21 kr.	— fl. — kr.	— fl. 7 kr.
Wicken	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Haber	141	557 fl. 24 kr.	3 fl. 57 kr.	— fl. 2 kr.	— fl. — kr.
Esparsette	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.

Berichtigung. Im Feuilleton der Beilage 21, Spalte 3, Zeile 10 streiche die Worte: dem Gefrierpunkte des Quecksilbers. Beilage 22, Sp. 1 und 2, Zeile 5 v. u. setze statt dieser Worte: Null Fahrenheit. — Ebendaselbst Sp. 1 Z. 7 v. u. lies Barometerstand statt: Thermometerstand, und Sp. 3, Z. 4 streiche: umgekehrten.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 3,63'''	− 1,5	S.W.	schw. bew.	heiter, Frost
Mittags 2 „	„ 3,00'''	+ 0,5	„	ganz „	Nebel, frisch
Nachts 9 „	„ 2,03'''	+ 1,0	„	„ „	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 28. Jan. 1. Quartal. 16. Abonnementsvorstellung. **Morgens 2 Uhr;** Schwank in 1 Akt, nach dem Französischen von Förster. Hierauf: **Richard's Wanderleben;** Lustspiel in 4 Akten, nach dem Englischen von Kettel.

Freitag 29. Jan. **4. Abonnements-Konzert des großh. Hoforchesters** im Museumssaale, dem Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 31. Jan. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. **Der Verschwender;** Zaubermährchen in 3 Akten, von F. Raimund; Musik von Conradin Kreutzer.

Z.d.653. In **Ferdinand Enke's** Verlag in **Erlangen** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** bei **Kehl** durch **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung:

Rechtliche und politische

Erörterungen

über die

Bundesreformacte.

Von

einem Süddeutschen.

8. geh. 40 kr.

Früher erschien:

Reform, die, der deutschen Bundesverfassung auf der Basis des Bestehenden und ohne Ausschluß von Oesterreich. Von einem norddeutschen Publicisten. gr. 8. 1859. geh. 48 kr.

Z.d.700. **Neue,** besonders zu

Geschenken empfohlene Verlagswerke

von **S. G. Liesching** in **Stuttgart,**

erschienen in den letzten Monaten des Jahres 1863 und jederzeit zu beziehen durch alle in- und ausländischen Buchhandlungen:

Augustinus.

Ein Gedicht von

Georg Rapp.

Miniaturformat. Eleg. cartonirt mit Goldschnitt 42 kr. — 12 Sgr.

Im Gewande einer so edlen als sinnigen Dichtung werden die Züge aus dem Leben des größten Kirchenvaters vielen Lesern um so eindringlicher und ansprechender erscheinen.

Frauenbilder

der heiligen Schrift

im Kranze der Dichtung,

gesammelt von

K. F. Scholz.

Duodez. Elegant cartonirt mit Goldschnitt 1 fl. 36 kr. — 27 Sgr.

Diese schöne Sammlung — die erste in ihrer Art — wird sich bald als eines der willkommensten Geschenke für die Frauenwelt einbürgern. Sie ist besonders auch für confirmirte Töchter bestimmt.

Pfingstrosen

von

Karl Gerok.

Miniaturformat. Eleg. cartonirt 1 fl. 36 kr. — 1 Thlr. — In ganz Leinwand mit reicher Goldverzierung 1 fl. 54 kr. — 1 Thlr. 4 Sgr.

Diese neue — der **Apostelgeschichte** entnommene — Sammlung von Gedichten des Verfassers der „Palmblätter" wird den vielen Freunden eine doppelt willkommene sein und bleiben.

Bekanntmachungen

aller Art

in sämmtliche **deutsche, französische, englische, russische, dänische, holländische, schwedische etc.** Zeitungen werden prompt zu dem **Original-Insertionspreis** ohne Anrechnung von Porti oder sonstigen Spesen besorgt und bei grösseren Aufträgen entsprechender Rabatt gewährt.

Annoncenbureau

von **Illgen & Fort** in **Leipzig.**

☞ Unser neuester Zeitungs-Catalog nebst Insertionstarif steht auf franco Verlangen **gratis** und **franco** zu Diensten.

Z.d.715. Stuttgart.

Engagement

für alle Fächer, männlichen und weiblichen Geschlechts, besorgt im gegenseitigen Interesse der Auftraggeber pünktlich und billigst

Das Placirungs- & Auskunftsbureau,

Kath. Roller, Hirschstraße 28.

Z.d.645. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).

Jeden Abend

Große Vorstellung.

(Neues Programm.)

Einl. 6½ Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Z.d.626. Karlsruhe.

Lieferung eichener und tannener Schwellen für Eisenbahnen.

Zum Bau der Eisenbahn von Offenburg bis Hausach soll die Lieferung von

5,200 Stück eichenen Stoßschwellen,
1,000 „ „ Zwischenschwellen,
40,000 „ tannenen Zwischenschwellen

in Akkord vergeben werden.

Ueber die Beschaffenheit der Schwellen, sowie über die nähern Bedingungen des Lieferungsakkords, welcher innerhalb des Jahres 1864 vollzogen werden soll, kann sowohl bei der Eisenbahnbau-Inspektion Gengenbach als auch bei der diesseitigen Stelle Auskunft erlangt werden.

Diejenigen, welche zur Uebernahme der Lieferung im Ganzen oder zum Theil geneigt sind, werden eingeladen, ihre Anerbietungen in portofreien, mit der Aufschrift „Schwellenlieferung" versehenen Briefen bis zum 8. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, bei diesseitiger Stelle einzureichen.

In diesen Briefen ist bestimmt anzugeben, wie viel Schwellen jeder Sorte, auf welche Güterstation der badischen Eisenbahn, oder welchen Punkt zwischen Offenburg und Hausach, und um welche Einzelpreise geliefert werden wollen.

Karlsruhe, den 20. Januar 1864.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Baer.

C. W. Fesenbeckh.

Z.d.714. Mannheim. Mich beehrend, meinen Herren Geschäftsfreunden die Mittheilung zu machen, daß zufolge heut eingetroffener Nachricht der seither unterbrochene Güterverkehr zwischen Rotterdam und England wieder begonnen hat, halte ich mich zu direkter Besorgung der per linksrheinische Bahn via Rotterdam nach den englischen Seehäfen und Handelsplätzen und vice versa bestimmten Sendungen erneut empfohlen.

Nähere Informationen über die betr. Frachten können auf meinem Comptoir jederzeit eingeholt werden und bringe ich zu weiterer Kenntnißnahme, daß vereinzelte Güterparthien, welche — nach Holland bestimmt — für die Wagenladungsklasse tarifirt sind, durch mich gesammelt und — gleich kompletten Ladungen begünstigt — expedirt werden, wie auch Waarenbezüge von Holland herwärts in gleicher Weise durch mich vermittelt werden.

Anton Gansen,

Agent der linksrheinischen Eisenbahnen zwischen Mannheim-Ludwigshafen und Holland.

Mannheim, 25. Januar 1864.

Gesucht, eine Dampfmaschine von 8 — 10 Pferdekräften (ohne Kessel), wo möglich mit Condensation. Preisangabe 2c. besorgt die Expedition dieses Blattes. Z.d.668.

Z.c.417. Ettlingen.

Liegenschaftsversteigerung.

Die in der Gemarkung Ettlingen gelegenen Liegenschaften des Kaufmanns Josef Anton Kretz von hier, bestehend in:

1) 1 Morgen 1 Viertel Wiesen auf den Zehntwiesen, angeschlagen zu . . . 1000 fl.
2) 1 Morgen Wiesen auf den Neuenwiesen, angeschlagen zu . . . . . 800 fl.
3) 2 Viertel Acker bei der Hall, angeschlagen zu . . . . . 250 fl.

und

4) ein und ein halbes Viertel Acker an der Rastatter Straße, angeschlagen zu 200 fl.

Im Ganzen Anschlag . 2250 fl.

werden auf Vollstreckungsverfügung am

Dienstag den 23. Februar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Rathhaus in Ettlingen öffentlich der Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag erlöst wird.

Ettlingen, den 15. Januar 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:

Süß.

Z.d.710. Offenburg.

Messerschmiedwaaren- und Fahrniß-Versteigerung.

Mit obervormundschaftlicher Genehmigung werden aus dem Nachlaß des verstorbenen Messerschmieds Rudolph Nerlinger von hier in dessen Behausung der Versteigerung ausgesetzt,

Montag den 15. d. M.,
Vormittags 8 Uhr anfangend,

verschiedene neue Messerschmiedwaaren sammt Ladeneinrichtung und hiezu gehörige Werkzeuge, und wird, wenn sich Liebhaber vorfinden, der Versuch im Ganzen gemacht.

Dienstag den 16. wird mit der Versteigerung der Fahrnisse fortgefahren, als: aller Art Möbel, Bettwerk, Kleidungsstücke, Weißzeug, Küchengeschirr und sonstiger Hausrath.

Offenburg, den 25. Januar 1864.

Das Waisengericht.

Kiefer.

Z.d.469. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Zufolge höheren Auftrags soll die Lieferung des jährlichen Bedarfes an schmiedeisernen Roststäben in verschiedenen Dimensionen, mit einem ungefähren Gewicht von 500 Ztnrn., im Soumissionswege vergeben werden.

Schriftliche, mit der Aufschrift: „Lieferung von Roststäben" versehene Angebote werden bis längstens

Mittwoch den 3. Februar d. J.

von unterzeichneter Stelle entgegengenommen, woselbst die Lieferungsbedingungen einzusehen sind.

Es wird ausdrücklich bei dieser Vergebung die Wahl unter den Soumittenten vorbehalten.

Karlsruhe, den 9. Januar 1864.

Verwaltung
der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

Der Vorstand: Obser. Der Verwaltungsbeamte: Adam. vdt. Biesele.

Z.d.712. Waibstadt.

Stammholz-Versteigerung.

Am Mittwoch den 3. und Donnerstag den 4. Febr. d. J., je Vormittags ½9 Uhr anfangend, werden aus hiesigem Gemeindewald, Distrikt Forlenwald, versteigert:

104 Stämme Eichen, 375 Forlen, 13 Tannen, 1 Kirschen- und 2 Adlerskirschbäume und 1 Aspe.

Von den Eichen- und Forlenstämmen eignen sich die Hälfte zu Holländer-, das übrige zu Nutzholz.

Waibstadt, den 23. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.

Wacker.

Z.d. 702. Freiburg. (Holzversteigerung.) Aus den Domänenwaldungen des Forstbezirks Freiburg versteigern wir mit Borgfrist

am Mittwoch den 3. Febr. d. J.,

aus Distr. Hölthalwald, Abth. 1, 4, 6, 8: 230 Klftr. buchenes und 90 Klftr. tannenes Scheitholz, 100 Klftr. buchenes und tannenes Prügelholz, 124 Klftr. buchenes und 50 Klafter tannenes Klotzholz, sowie mehrere Loose Schlagraum und Reisholz;

am Donnerstag den 4. Febr.,

aus gleichen Abtheilungen: 1200 St. tannene Säglötze, 41 St. tannene Baustämme, 88 St. buchene, eschene und eichene Stämme, 200 St. tannene Baumpfähle und 2000 St. tannene Rebstecken.

Die Zusammenkunft ist am 3. Febr. früh 10 Uhr, und am 4. früh 8 Uhr im Gasthaus „zu den Trauben" zu Falkensteig.

Freiburg, am 24. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

von Glaubitz.

Z.d.690. Nr. 51. Berghausen. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald Rittnert, Abth. 7 und 17 Erlenteuch und Grauacker, werden bis

Donnerstag den 4. Februar d. J.

nachbenannte Hölzer versteigert:

19 Rothbuchen, 10 Hainbuchen und 2 Kirschenstämme, zu Nutzholz geeignet, 61½ Klftr. buchene, 28½ Klftr. eichene und 2¾ Klftr. gemischte Scheiter, 6¾ Klftr. buchene, 19½ Klftr. eichene und 3½ Klftr. gemischte Prügel, 49¾ Klftr. Stockholz, 4800 Stück buchene und gemischte Wellen und einige Loos Schlagraum.

Man versammelt sich Morgens um 10 Uhr bei gutem Wetter im Rittnertwald bei der Hütte, andernfalls, nämlich bei schlechtem Wetter, auf dem hiesigen Rathhause.

Die Liebhaber mögen vorher das Holz einsehen.

Berghausen, am 22. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Gamer.

Z.c.445. Nr. 350. Villingen. (Aufforderung.) Bartholome Burgbacher von Erdmannsweiler, natürlicher Sohn der † Dorothea Burgbacher von da, hat um Einsetzung in die Gewähr der Verlassenschaft seiner Mutter nachgesucht. Einwendungen sind binnen 6 Wochen vorzubringen. Villingen, den 21. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht. Geppert.

Z.c.420. Nr. 969. Freiburg. (Aufforderung.) Die Wittwe des Georg Rombach von Lehen, Magdalena, geb. Risch, hat dahier um Einsetzung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes nachgesucht. Etwaige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen zwei Monaten anher zu begründen.

Freiburg, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

Lang.

Simianer.

Z.c.435. Nr. 314. Meßkirch. (Erbvorladung.) Rochus und Albert Fuchs, beide von Krumbach, sind im Jahre 1852 mit Staatserlaubniß nach Nordamerika ausgewandert, und sind nun zur Erbschaft ihres am 20. November v. J. zu Krumbach verstorbenen Vaters, des Schreiners Michel Fuchs von dort, berufen. Da deren Aufenthaltsort unbekannt ist, so werden sie hiemit aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten,

von heute an, zur Empfangnahme ihrer Erbantheile zu melden, andernfalls solche lediglich jenen Personen zugeschieden würden, denen sie zukämen, wenn sie, die Vorgeladenen, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Meßkirch, am 23. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.

Merlet.

Z.c.438. Nr. 402. Ettenheim. (Erbvorladung.) Anton und Landolin Faißt von Münchweier, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, sind zur Erbschaft ihrer verstorbenen Schwester, Barbara Faißt, ledig, von Münchweier, berufen.

Dieselben oder deren etwaige Rechtsnachfolger werden aufgefordert,

innerhalb 3 Monaten

sich zur Empfangnahme ihres Erbbetreffnisses zu melden, ansonst die Erbschaft Denjenigen zugeschieden würde, welchen sie zukäme, wenn dieselben z. Zt. des Erbanfalles nicht mehr gelebt hätten.

Ettenheim, den 23. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.

Ziegler.

L. Mühl, Notar.

Z.c.444. Nr. 1542. Heidelberg. (Aufgefundener Leichnam.) Am 11. d. Mts. wurde im herrschaftlichen Hardtwalde, Distrikt „Kleine Stube in der Plan", Gemarkung Sandhausen, die Leiche eines Erhängten gefunden. Indem wir eine Beschreibung der Leiche und der Kleidungsstücke beifügen, bitten wir um Nachforschung über die persönlichen Verhältnisse des Erhängten und Mittheilung dienlicher Notizen. Beschreibung der Leiche. Die Leiche ist die eines 5' 6" großen Mannes; das wahrscheinliche Alter ist die zweite Hälfte der fünfziger Jahre, das Kopfhaar ist braungrau untermischt, der starke Backen- und Kinnbart ist voll braun mit grau; die beiden vordern Schneidezähne in der untern Kinnlade fehlen, die Augen sind blaugrau. Beschreibung der Kleider. Die Kleider bestehen in einem guterhaltenen, blauen Tuchwamms mit zwei Seitentaschen, in der linken ein gestreiftes, mehrfarbiges, baumwollenes Sackluch ohne Zeichen, — in grauwollenen Hosen mit zwei leeren Taschen, an den Hosen befinden sich zwei neue Hosenträger mit Schnallen und ledernen Einhängriemen, — in weißen, maschig gewobenen Unterbeinkleidern, an deren linkem Schenkel an der Stelle des Knies sich ein Blutflecken befindet, — in einem leinenen, vielfach gestückelten, geflickten und zerrissenen Hemde, in dessen einer Schlitzecke mit rothem Garn mit lateinischer Schrift eingezeichnet ist: E. Z. 6. Am untern Schoße des Hemdes ist auf der linken Seite ein kleiner Blutflecken. Die Beinkleider waren auch mit einem ledernen Gürtel, an dessen einem Ende ein Stück halb abgerissen ist, befestigt. Die Füße waren mit guten, kalbledernen, frischgesohlten und frischgenagelten Stiefeln bekleidet. Die Fußbekleidung bestund ferner in baumwollenen, an den Fersen und Zehen ganz zerrissenen Socken. Auf dem Kopfe saß eine schwarze Schildkappe. Heidelberg, den 21. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. v. Litschgi.

Z.c.428. Nr. 698. Konstanz. (Aufforderung.) Felix Graf von Solothurn und Heinrich Cyriax von Kappel, Kurfürstenthums Hessen, welche dahier wegen Uebertretung der Bestimmung des Hausirgesetzes angezeigt sind, werden aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach Lage der Akten gegen sie gefällt und die ihnen abgenommenen Gegenstände zu Gunsten der großh. Staatskasse veräußert würden.

Konstanz, den 23. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.

Stösser.

Z.c.413. Nr. 922. Emmendingen. (Aufforderungszurücknahme.) Unser Ausschreiben vom 5. Dezbr. v. J., Nr. 13,560, wird bezüglich des Konskriptionspflichtigen Rudolf Samuel Keller von Köndringen (Loos-Nr. 116) anmit zurückgenommen.

Emmendingen, den 21. Januar 1864.

Großh. bad. Oberamt.

v. Feder.

Z.c.441. Nr. 946. Staufen. (Straferkenntniß.)

J. U. S.

gegen

den Soldaten Kornelius Ortlieb von Untermünsterthal,

wegen Desertion.

Nachdem Soldat Kornelius Ortlieb von Untermünsterthal der diesseitigen Aufforderung vom 28. Dezember v. J. sich nicht gestellt hat, so wird er, vorbehaltlich der Desertionsstrafe, des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Geldbuße von 1200 fl. verfällt.

Staufen, den 21. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.

Metzger.

Z.d.708. Nr. 98. Pforzheim. (Offene Gehilfenstelle.) Unsere II. Gehilfenstelle, bis 15. Februar frei, mit 435 fl. festem Einkommen und billiger Dienstwohnung im Hause wird zur Bewerbung unter Vorlage der Zeugnisse ausgeschrieben.

Pforzheim, den 26. Januar 1864.

Großh. Dom.-Verwaltung und Forstkasse.

Rau.

Frankfurt, 26. Jan. 1863. — Staatspapiere.

		per compt.			per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101⅞ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99⅝ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	76 G.	„	3½% dto.	94 P.
„	5% do. 1859 „ „	76⅜ b. G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91 P.	„	4½% dto.	100¾ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	77¼ P.	„	4% dto.	98⅞ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	64 b.	„	3½% dto.	93 P.
„	5% Met.-Obligat.	58¾ P.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91¾ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	58¾ P.	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90 P.
„	4½% Met.-Oblig.	51 P.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅛ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	— —
„	4½% do.	100⅛ P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86 P.
„	4% do.	95½ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	84⅞ P.
„	3½% Staatssch.	87¾ P.	Span.	3% inl. Schuld	50⅜ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101⅛ P.	„	2% Schuld	45½ P.
„	4½% ½jährig	101⅜ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	99⅞ P.
„	4% 1jährig	99⅜ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅜ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅞ P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅞ G.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95 P.
„	3½%	97½ G.	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	100½ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% dto.	100½ P.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	94¾ P.	„	5% G. St. O. Fr. 28	97 P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	92¼ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	133⅜ P.	3%	Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49⅝ P.
5%	Oesterr. Bank-Aktien	750 b. G.	3%	Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50⅝ P.
3%	„ Cred. A. i. O. W.	173½ G.	5%	Elisabethbahn-Prior. 6/7	75½ G.
4%	Bayr. Bank à fl. 500	— —	5%	do. neueste Emiss. 6/7	70½ P.
3%	Darmst. B.-A. à fl. 250	210 G.	5%	Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	— —
4%	Weimar. Bank-Aktien	86½ G.	4½%	Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90⅛ G.	4%	Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	74⅝ G.
4%	Lirenb. Bank-Aktien	106½ G.	5%	„ „ 2. „ „	— —
	Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½%	Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	97¾ P.
	Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 b.	4%	„ „ „ „	97⅞ G.
3½%	Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4½%	Rhein-Naheb. Pr. O.	97½ G.
5%	Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½%	Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5%	Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111 G.	5%	Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
	Rhein-Nahe-Bahn	25¼ P.	4%	Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	249½ G.
4%	Ldwh.-Berb. Eisenbahn	136½ P.		Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½%	Pf. Max-Esb.-A. b. R.	102⅞ P.	4½%	Bayer. Ostb. 30% „	107¾ P.
4½%	Bayer. Ostbahn-Aktien	107⅝ P.	3%	Deutsch. Phönix 20% „	156 P.
4%	Hess. Ludwigsbahn	122¼ P.	4%	Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —		Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	113 G.
„ 250 „ „ 1854	73 P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	126¼ G.
„ 500 „ v. 1860 6/7	76¼ G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	— —
„ 35- „ „	52¾ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53¾ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132½ P.
„ 25 „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38½ P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58½ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33¼ P.
3% L. A. d. St. Brüss.	95 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34 P.
3% Bordeaux 100 Fr	— —
Ansb.-Gunzenh. L.	11½ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	92⅞ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅛ B.
Berlin	„	104⅛ G.
Bremen	„	96⅜ B.
Brüssel	„	92⅞ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88¼ G.
Leipzig	„	104⅜ G.
London	„	117½ G.
Maild. i. Fr. 200	„	92⅞ B.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	92⅞ G.
Wien	„	95½ G.
Disconto		4½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 38	-39
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½	-45½
Rand-Ducat.	„	5 32	-33
20-Frankenst.	„	9 19	-20
Engl. Sover.	„	11 40	-44
Gold pr. Zpfd.	„	803	-8
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6	-36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞	-45⅛
Doll. in Gold	„	2 25	-26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.